

© **Schwerpunkt »Welt im Fieber – Klima & Wandel«**

Spiel mit dem Feuer

Warum das EU-Mercosur-Abkommen die Klimakrise verschärft

von Alessa Hartmann und Bettina Müller

Globale Handelsströme verursachen etwa ein Viertel der globalen Treibhausgasemissionen. Das weltweite Handelssystem gehört damit zu den Haupttreibern der Klimakrise. Das Handelsabkommen der EU mit den Mercosur-Ländern Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay wird diese Tendenz noch verschärfen. Denn es fördert den Austausch klimaschädlicher Produkte und den überflüssigen Handel von Produkten, die in beiden Regionen bereits ausreichend hergestellt werden. Das führt auch zu mehr Frachtverkehr. Obwohl die Kritik am Abkommen in der Zivilgesellschaft, aber auch bei einigen Regierungen der EU groß ist, hält die EU-Kommission an ihm fest. Der folgende Beitrag zeigt – am Beispiel des Bereichs Landwirtschaft und Ernährung – die zu erwartenden Wachstumssteigerungen beim Handel zwischen der EU und dem Mercosur auf sowie die fatalen Folgen, die das Abkommen in seiner bisherigen Form insbesondere für den Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt hätte.

Seit mehr als einem Jahr befindet sich das EU-Mercosur-Abkommen bereits in der formaljuristischen Prüfung und wird nebenbei noch in alle 23 offiziellen EU-Sprachen übersetzt. Ursprünglich sollte der komplette Text im Oktober 2020 an den EU-Rat übergeben werden, der dann über das weitere Vorgehen beraten muss. Doch die Prüfung verzögert sich und das hat mehrere Gründe: die Covid-19-Pandemie, das sich hinziehende Brexit-Verfahren, aber auch die vielen kritischen Stimmen aus den EU-Mitgliedstaaten. Um vom EU-Rat angenommen zu werden, ist Einstimmigkeit notwendig.

Doch Parlamente oder Regierungen in Österreich, Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Irland, Luxemburg und selbst in Deutschland haben sich gegen eine Ratifizierung des Abkommens in seiner derzeitigen Form ausgesprochen oder wenigstens Zweifel angemeldet. Erst am 6. Oktober 2020 verabschiedete das EU-Parlament eine Resolution, in der es ebenfalls seine Zustimmung zum Abkommen versagt, sollte sich an dem Text nichts ändern. Daher berät Handelskommissar Vladis Dombrovskis seit Mitte Oktober 2020 auch mit den Verhandlungspartnern aus dem Mercosur über mögliche Zusatzerklärungen, die die Zusagen der Mercosur-Länder hinsichtlich Entwaldung und Klimaschutz stärken würden. Entsprechende Erklärungen sind bereits aus dem CETA-Abkommen der

EU mit Kanada, dem Handelsabkommen mit Vietnam und dem Abkommen der EU mit Kolumbien, Peru und Ecuador bekannt. Die Wirksamkeit dieser zusätzlichen Erklärungen ist allerdings – nicht zuletzt aufgrund der fehlenden Sanktionierbarkeit – fraglich. Um das EU-Mercosur-Abkommen tatsächlich klimafreundlich zu gestalten, braucht es weit mehr als zusätzliche Absichtserklärungen.

Fleisch, Futtermittel, Pestizide – auf Kosten des Klimas

Der Amazonas brennt! Das nationale Institut für Weltraumforschung in Brasilien (INPE) stellte kürzlich fest, dass von August 2019 bis Juli 2020 über 10.000 Quadratkilometer Regenwald abgebrannt und abgeholzt wurden. Das bedeutet eine Steigerung um rund 34,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr und entspricht etwa der gesamten Fläche des Libanon.¹ Denn um Unmengen an Futtermitteln anzubauen und Weideflächen für Schlachtvieh zu schaffen, werden oftmals Regenwaldflächen illegal (brand)gerodet. Schon jetzt sind die Folgen dieser Entwaldung für die Artenvielfalt dramatisch und treiben den Klimawandel voran. Denn wird der Regenwald vernichtet, geht auch ein wichtiger Kohlenstoffspeicher verloren.

50 Prozent der aus Brasilien in die 27 Mitgliedstaaten der EU importierten Produkte sind auf Abholzung zurückzuführen, 20 Prozent der Soja- und 17 Prozent der Rindfleischimporte sogar auf illegale Abholzung. 80.000 Fußballfeldern entspricht die Fläche im Amazonas, die in den ersten drei Monaten von 2020 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum *mehr* gerodet wurde. Das ist ein Anstieg von 51 Prozent.²

Futtermittel

Bereits jetzt ist die Fläche für den Sojaanbau in den Mercosur-Ländern immens. Die Futtermittel gehen vor allem nach China, aber auch nach Europa. Warum aber tonnenweise Soja und Mais über den Atlantik verschiffen? Ganz einfach: Die Flächen, die benötigt werden, um genügend Futtermittel anzubauen, stehen in Europa einfach nicht zur Verfügung. Das meiste Soja wird an Schweine und Geflügel verfüttert, aber auch in geringerem Maße dem Futter von Rindern und Milchkühen beigemischt. Die Tiere fressen ein Vielfaches mehr, als in Europa angebaut werden kann.

Aus den Mercosur-Ländern kamen rund 16 Millionen Tonnen Sojaschrot im vergangenen Jahr in die EU, eine Million ging davon nach Deutschland. Bei Sojabohnen waren es rund sieben Millionen Tonnen, die in die EU importiert wurden, etwa 600.000 Tonnen allein nach Deutschland.³ Dieses Soja wird allein in Brasilien auf einer Fläche angebaut, die der Größe Deutschlands entspricht, nämlich auf 35,8 Millionen Hektar. Insgesamt sind 13 Millionen Hektar im Mercosur mit Soja bepflanzt, das für den Export in die EU vorgesehen ist, sprich mehr als ein Drittel der Fläche Deutschlands.⁴ Gleichzeitig gelten aber nur 13 Prozent der EU-Sojaimporte als entwaldungsfrei, eine verschwindend geringe Zahl.⁵

Der Bedarf an Futtermitteln würde durch das geplante Handelsabkommen zwischen der EU und den Mercosur-Ländern weiter ansteigen. Zwar ist die Einfuhr von Soja in die EU zollfrei, aber das Abkommen sieht die Abschaffung von Exportsteuern für Soja vor, die vor allem Argentinien, aber auch Paraguay und Uruguay erheben. Dadurch würde Soja aus dem Mercosur noch günstiger für EU-Importeure, was die Nachfrage erhöhen könnte. Argentinien wird also weniger an den Sojaausfuhren verdienen, gleichzeitig wird es aber noch günstiger in Europa, Fleisch und Milch im Überschuss zu produzieren.⁶

Landraub

Das Verlangen nach mehr Land zur landwirtschaftlichen Nutzung führt zu immer mehr gewaltsamen Vertreibungen der lokalen Bevölkerung. Besonders seit der Machtübernahme von Brasiliens Präsident Bolsonaro 2019 haben Landkonflikte dramatisch zugenommen. Insbesondere die indigene Bevölke-

rung ist betroffen. Der Indigene Missionsrat (CIMI – Conselho Indigenista Missionário) stellte für 2019 in 160 Fällen ein gewaltvolles Eindringen in Gebiete von Indigenen fest – eine Verdreifachung gegenüber 2015.⁷

Fleisch

Der erwartete Anstieg von Fleischproduktion und -export wird den Klimawandel weiter ankurbeln. Schließlich dürfen mit dem EU-Mercosur-Abkommen 99.000 Tonnen Rindfleisch und 180.000 Tonnen Hühnerfleisch zusätzlich zollfrei in die EU importiert werden – Steigerungsraten, die nur noch vom enormen Import von pflanzlichem Ethanol aus dem Mercosur übertroffen werden (Abb. 1). Dies ist auf mehreren Ebenen klimaschädlich. Zum einen aufgrund der zusätzlichen Emissionen, die durch die Kühlung und den Transport nach Europa entstehen. Zum anderen aufgrund der Umweltbelastung durch die Haltung großer Mengen von Schlachtvieh, den Exkrementen, die diese produzieren, sowie dem Futter, das diese verbrauchen. Denn gerade hier liegt eines der Hauptprobleme intensiver Tierhaltung: Um die Tiere ernähren zu können, werden riesige Flächen gerodet. Die Nichtregierungsorganisation GRAIN kommt in ihren Berechnungen der Klimafolgenabschätzung des EU-Mercosur-Abkommens zu dem Schluss, dass Produktion und Handel der Produkte, auf die Agrarquoten vereinbart wurden, schon jetzt Emissionen von 25,5 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Jahr umfassen. Zusätzlich hierzu kämen durch das Abkom-

Abb. 1: Mercosur-Exporte in die EU (2018) und zusätzliche Quoten.⁸

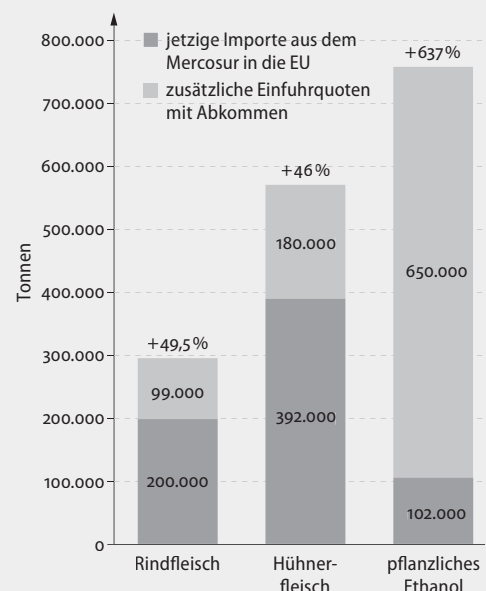


Abb. 2: Mehr Handel – mehr Klimaschäden



men jährlich weitere 8,7 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente hinzu. Dabei entfällt der größte Teil (82 Prozent) auf die erhöhte Rindfleißeinfuhr mit 7,1 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten pro Jahr (Abb. 2).¹⁰

Pestizide

2019 exportierte die EU Pestizide im Wert von mindestens 915 Millionen Euro in den Mercosur. Darunter auch Pestizide, die in der EU aufgrund ihrer Gefährlichkeit nicht zugelassen sind, wie Cyanamid, das im Verdacht steht, Krebs zu erregen und vor allem auf Obstpflanzen angewendet wird. Auch Glufosinat, das ungeborene Kinder sowie Organe schädigt, und Propineb, das wahrscheinlich krebserregend ist, wurden und werden unter anderem von deutschen Unternehmen wie Bayer und BASF hergestellt und exportiert.¹¹

Soja, das mit Pestiziden wie Glyphosat behandelt wurde, wird nach Europa importiert und dort an Rinder, Schweine, Geflügel und Milchkühe verfüttert. Dabei liegen die Rückstandswerte beispielsweise bei Soja aus Argentinien teilweise um ein Fünffaches über dem in der EU erlaubten Wert von 20 Milligramm pro Kilogramm Soja.¹² Da mit dem EU-Mercosur-Abkommen die Importkontrollen von Produkten abgebaut werden sollen, wächst auch die Gefahr von Verbraucher*innen, immer höhere Mengen an Rückständen hochgefährlicher Pestizide zu sich zu nehmen.

Aber auch im Mercosur hat der Pestizideinsatz für Futtermittel verheerende Auswirkungen: Betroffen sind besonders Arbeiter*innen auf den Plantagen, die die Pestizide teilweise ohne Schutzkleidung aufbringen müssen, aber auch Anwohner*innen. Denn Pestizide werden auch aus dem Flugzeug über die Monokulturen gespritzt. Abdriftende Pestizide können so unkontrolliert in die Umwelt gelangen und dort sowie bei Menschen schwere Schäden hervor-

rufen. Dazu gehören neben Fehlgeburten, Gendefekten, Haut- und Atemwegserkrankungen vor allem erhöhte Krebsraten.¹³ Nicht nur auf Menschen, Wasser und Böden, auch auf die Tierwelt haben Pestizide eine verheerende Wirkung. Die Chemiegiganten Bayer und BASF vertreiben sog. Neonicotinoide, die für Bienen und andere Insekten hochgradig schädlich sind. In den vergangenen Jahren wurde infolgedessen in Brasilien ein millionenfaches Bienensterben nachgewiesen.¹⁴

Das EU-Mercosur-Abkommen schafft die Zölle auf Pestizide in den Mercosur vollständig ab. Diese betragen derzeit bis zu 14 Prozent, in

einigen Fällen sogar bis zu 35 Prozent. Die Pestizideinfuhren werden also vermutlich weiter ansteigen, was die negativen Auswirkungen noch verschärfen wird.

Klimakosten des weltweiten Transports

Vier Prozent aller Lebensmittel, die in Deutschland jährlich verbraucht werden, kommen aus Übersee. Per Flugzeug oder mit dem Schiff haben sie weite Entfernungen zurückgelegt und einen dementsprechend hohen CO₂-Fußabdruck. Waren aus dem Mercosur werden größtenteils mit dem Schiff transportiert. Diese emittieren Schwefeloxide, Feinstaub, Stickoxide und Ruß. Diese Stoffe sind hochgiftig und schädigen sowohl die Umwelt als auch die menschliche Gesundheit. Stickoxide und Ruß tragen erheblich zum Klimawandel bei. Ruß ist sogar als der zweitstärkste Klimatreiber nach CO₂ anerkannt. Allein in Europa sterben jährlich etwa 50.000 Menschen vorzeitig an den Folgen der Schiffsabgase.¹⁵

Klimatisch noch schlimmer ist das Flugzeug als Transportmittel, vor allem für Obst, Gemüse und Frischfleisch: Ein Kilogramm Lebensmittel, das per Luftfracht transportiert wird, verursacht 170mal so viele Emissionen wie die gleiche Menge, die mit dem Schiff befördert wird.

90 Prozent der weltweit gehandelten Güter werden auf dem Wasserweg zugestellt. Bislang macht der Wasserfrachtverkehr etwa drei Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen aus. Damit emittiert er jährlich mehr CO₂ als Deutschland, das im Ländervergleich der sechstgrößte Emittent von CO₂ weltweit ist.¹⁶ Sollten die Welthandelsemissionen weiter so ansteigen wie bisher, werden Frachttransporte mit Flugzeug und Schiff 2050 so viele Treibhausgase verursachen wie die gesamte Europäische Union heute.¹⁷

Überflüssiger Handel vs. Regionalisierung

Die Emissionen durch Frachtverkehr steigen aber nicht nur aufgrund des verstärkten Handels mit Maschinen, Fleisch, Soja und Ethanol. Auch für andere landwirtschaftliche Produkte, die in beiden Regionen ausreichend hergestellt werden, fallen die Zölle mit dem EU-Mercosur-Abkommen weg. Wein, Käse, Dosentomaten, Äpfel, Kekse und viele weitere Produkte werden dann ohne Abgaben in die EU und den Mercosur eingeführt werden können. Das ist für die Kleinbauern und -bäuerinnen beiderseits des Atlantiks keine gute Nachricht. Besonders betroffen wären aber Landwirt*innen im Mercosur, denn diese könnten kaum mit den hochsubventionierten landwirtschaftlichen Produkten aus der EU mithalten.

Nehmen wir das Beispiel Käse: Derzeit importiert der Mercosur 3.700 Tonnen Käse aus der EU. Europäische Produzenten müssen dafür einen Zollsatz von bis zu 28 Prozent entrichten. Mit dem Abkommen hätten Produzenten aus der EU die Möglichkeit, 30.000 Tonnen Käse zollfrei in den Mercosur einzuführen, womit die EU den brasilianischen Bedarf an Käseimporten vollständig decken könnte.¹⁸ Uruguay und Argentinien schicken heute den größten Teil ihrer Milchprodukte, die für den Export bestimmt sind, nach Brasilien. Fallen die Zölle für EU-Produkte weg, stehen die uruguayischen und argentinischen Milchbauern- und -bäuerinnen in einem ungleichen Wettbewerb. Die regionale Wertschöpfung sowie die regionalen Lieferketten werden dadurch geschwächt. Und das ist wiederum keine gute Nachricht für das Klima.

Mit Nachhaltigkeitskapiteln an Klimazielen vorbei

Ebenfalls eine schlechte Nachricht für das Klima ist, dass das Nachhaltigkeitskapitel des Abkommens, in dem Klima- und Umweltschutz sowie Vereinbarungen über die Einhaltung von Arbeitsstandards festgehalten sind, zahnlos ist. Das EU-Mercosur-Abkommen erlaubt keine Sanktionen, wenn ein Vertragsstaat die Bestimmungen des Nachhaltigkeitskapitels bricht. Anders als bei allen anderen Vereinbarungen des Abkommens, können bei Verstößen gegen die Umwelt- und Menschenrechtsbestimmungen keine Strafzahlungen oder Handelssanktionen verhängt werden.

Die Forderungen der Zivilgesellschaft, die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens wenigstens zu einer *essential element-clause* zu machen, wurde ebenfalls nicht beachtet. Diese Klausel ermöglicht es, bei krassen Verstößen das Abkommen in Teilen oder in Gänze auszusetzen und gilt bislang nur für die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und den Schutz von Menschenrechten. Der Assoziierungsteil des Abkom-

mens, der Mitte Oktober 2020 von Greenpeace geleakt wurde, geht zwar auf das Klimaabkommen ein, Verstöße führen aber anders als bei der Klausel zu Menschenrechten nicht zu einem Aussetzen des Abkommens.

Nachhaltigkeitsstandards, der Schutz des Klimas, der Wälder, aber auch guter Arbeitsstandards sowie die Rechte der indigenen Bevölkerung müssen bei den Verhandlungen jedes einzelnen Kapitels im Zentrum stehen. Wenn in der Umsetzung gegen diese Standards verstoßen wird, müssen Sanktionen möglich sein.

Fazit

Selbst die konservativsten Berechnungen der Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung der EU gehen von einem langfristigen Anstieg der Treibhausgasemissionen infolge des EU-Mercosur-Abkommens aus.¹⁹ Das EU-Mercosur-Abkommen steht somit in eklatantem Widerspruch zu dem Ziel der EU, bis 2050 klimaneutral zu sein (European Green Deal). 2020 hat die EU für den Bereich Landwirtschaft und Ernährung ihre »Farm-to-Fork«-Strategie vorgelegt, die richtungweisend für die europäische Agrarpolitik ist. Ziel ist ein nachhaltiges Lebensmittelsystem, das unter anderem eine neutrale oder positive Auswirkung auf die Umwelt hat, zur Eindämmung des Klimawandels beiträgt und den Verlust der biologischen Vielfalt zurückfährt. Das geplante Abkommen der EU mit dem Mercosur widerspricht, wie gezeigt, diesen Vorgaben. Ebenso wenig sind mit dem Abkommen eine Verringerung des Landnutzungs-Fußdruckles der EU und

Folgerungen & Forderungen

- Einführung von branchen- bzw. produktbezogenen Importbeschränkungen (Quoten, Zölle).
- Keine Subventionen mehr für fossile Brennstoffe, die Luft- und Schiffsverkehr zu günstigen Transportmitteln machen.
- Beseitigung aller Vorschriften in GATT, UNFCCC und bilateralen Abkommen, die Klimaschutzmaßnahmen unter handelspolitischen Vorbehalt stellen.
- Kleinbäuerliche Strukturen auch in der Entwicklungszusammenarbeit weiter fördern, da sie die Welternährung ebenso sichern wie Arbeitsplätze und lokale Wertschöpfung schaffen mit kurzen Wegen und einer klimafreundlicheren Distribution.
- Das Pariser Klimaabkommen sowie andere Abkommen, die Klima- und Umweltschutz betreffen, müssen mindestens zu *essential element-clauses* erhoben werden.
- Nachhaltigkeitsfolgenabschätzungen müssen den Verhandlungsprozess von Beginn an begleiten, die Zivilgesellschaft muss umfassend eingebunden werden.

weniger Importe aus auf Entwaldung zurückgehende Produkte zu erwarten, wie sie die *EU-communication on stepping up EU action to protect and restore the world's forests* fordert. Eine im September 2020 veröffentlichte Nachhaltigkeitsfolgenabschätzung der französischen Regierung kam sogar zu dem Schluss, dass die Abholzung im Mercosur allein aufgrund der Rindfleischproduktion in den sechs Jahren nach Inkrafttreten des Abkommens um 25 Prozent ansteigen könnte, mit entsprechenden Folgen für das Klima.²⁰

Daher steht das Abkommen in eindeutigem Widerspruch zu den Nachhaltigkeitszielen der EU. Wenn die EU es mit Klima- und Umweltschutz Ernst meint, darf dieses Abkommen nicht unterzeichnet werden. Welthandel muss künftig wirksam ökologisch und sozial qualifiziert sein.

Das Thema im Kritischen Agrarbericht:

- ▶ Berit Thomsen: Handel ja – aber nicht so. Über das geplante Freihandelsabkommen der EU mit dem Mercosur. In: Der kritische Agrarbericht 2020, S. 114–119.
- ▶ Alessa Hartmann und Berit Thomsen: Bäuerliche Qualitäten – auch im Welthandel! Über landwirtschaftlichen Zündstoff in der Handelspolitik – ein Update. In: Der kritische Agrarbericht 2019, S. 61–65.
- ▶ Sven Hilbig und Tobias Reichert: Vom Freihandel zum Fairhandel – Die Agenda 2030 als Leitlinie für eine neue Handelspolitik. In: Der kritische Agrarbericht 2018, S. 17–20.

Anmerkungen

- 1 Vgl. L. Röscheisen: Brasilien: Abholzung des Amazonas-Regenwaldes schlimmer als befürchtet. In: *amerika21* vom 15. Juni 2020 (<https://amerika21.de/2020/06/240744/abholzung-amazonas-regenwald>).
- 2 Vgl. C. Müller: Brazil and the Amazon rainforest. Deforestation, biodiversity and cooperation with the EU and international forums. Ed. by European Parliament. Luxembourg 2020 (www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/IDAN/2020/648792/IPOL_IDA%282020%29648792_EN.pdf).
- 3 EU-Commission: Oilseeds and protein crops (<https://agridata.ec.europa.eu/extensions/DataPortal/oilseeds-protein-crops.html>).
- 4 Vgl. T. Fritz: EU-Mercosur-Abkommen. Risiken für Klimaschutz und Menschenrechte. Studie im Auftrag von MISEREOR, Greenpeace und Dreikönigsaktion. Aachen, Hamburg, Wien 2020, S. 12 (<https://greenwire.greenpeace.de/system/files/2020-06/greenpeace-misereor-dka-studie-eu-mercocur-abkommen-0620.pdf>).
- 5 Vgl. IDH, IUCN and Profundo (Eds.): European soy monitor. Insights on the European supply chain and the use of responsible and deforestation-free soy in 2017. Amsterdam 2019 (www.idhsustainabletrade.com/uploaded/2019/04/European-Soy-Monitor.pdf).
- 6 Vgl. Fritz (siehe Anm. 4), S. 14.
- 7 Vgl. ebd., S. 28.
- 8 Grafik entnommen aus B. Müller: EU-Mercosur. Voran in die (Klima-) Krise. Hrsg. von PowerShift. Berlin 2020, S. 11 (https://power-shift.de/wp-content/uploads/2020/10/Reisefuehrer-EU_Mercosur_Voran_in_die_Klimakrise_Oktober_2020.pdf).
- 9 Ebd., p. 4.
- 10 GRAIN: EU-Mercosur trade deal will intensify the climate crisis from agriculture. Report. Barcelona 2019 (<https://grain.org/e/6355>).

- 11 Vgl. Luig et al.: Gefährliche Pestizide von Bayer und BASF – ein globales Geschäft mit Doppelstandards. Hrsg. von INKOTA, MISEREOR, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Campanha Permanente Contra os Agrotóxicos e Pela Vida, Khanyisa, April 2020 (www.misereor.de/fileadmin/publikationen/Broschuere_Gerfaehrliche_Pestizide.pdf).
- 12 »Rückstände von Glyphosat in Soja weit über Grenzwert.« Pressemitteilung von Testbiotech vom 22. Oktober 2013 (www.testbiotech.org/pressemitteilung/r-ckst-nde-von-glyphosat-soja-weit-ber-grenzwert).
- 13 B. Müller: EU-Mercosur – Ein giftiges Abkommen. Hrsg. von PowerShift. Berlin 2020, S. 21 (https://power-shift.de/wp-content/uploads/2020/07/Reise%9C3%BChrer_EU_Mercosur_Ein_giftiges_Abkommen_Juli_2020.pdf).
- 14 V. Reithinger: EU-Mercosur: Zweierlei Maß bei Ackergiften. Wie die EU und deutsche Unternehmen vom Handel mit für die Artenvielfalt gefährlichen Pestiziden profitieren. Kurzanalyse zu Pestiziden im Kontext des EU-Mercosur-Handelsabkommens. Hrsg. von Greenpeace. Hamburg 2020 (www.greenpeace.de/files/publications/20200521-greenpeace-flyer-eu-mercocur-kurzanalyse_o.pdf).
- 15 Vgl. NABU: Mythos klimafreundliche Containerschiffe (www.nabu.de/umwelt-und-ressourcen/verkehr/schiffahrt/containerschiffahrt/16646.html).
- 16 Vgl. Statista: Die zehn größten CO₂-emittierenden Länder nach Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen im Jahr 2018 (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/179260/umfrage/die-zehn-groessten-co2-emittenten-weltweit/>).
- 17 Vgl. L. Lehmann und J.-H. Petermann: Welthandel – Ein unterschätzter Klimakiller? In: *Science ORF* vom 16. September 2014 (<https://sciencev2.orf.at/stories/1746284/index.html>).
- 18 Vgl. L. Ghiotto and J. Echaide: Analysis of the agreement between the European Union and the Mercosur. Edited by The Greens and PowerShift. Buenos Aires and Brussels 2020, S. 32 (<https://power-shift.de/wp-content/uploads/2020/01/Study-on-the-EU-Mercosur-agreement-09.01.2020-1.pdf>).
- 19 Vgl. London School of Economics and Political Science: Sustainability impact assessment in support of the association agreement negotiations between the European Union and Mercosur. London 2020 (www.eumercosuria.com/).
- 20 Vgl. M. Dupré: Beyond the Bolsonaro policy, it is the very content of the EU-Mercosur agreement that promises an environmental disaster. Published by Institut Veblen 17. September 2020 (www.veblen-institute.org/Beyond-the-Bolsonaro-policy-it-is-the-very-content-of-the-EU-Mercosur-agreement.html).



Alessa Hartmann

arbeitet als Referentin für internationale Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift e.V.

alessa.hartmann@power-shift.de



Bettina Müller

arbeitet als Referentin für internationale Handels- und Investitionspolitik bei PowerShift e.V.

bettina.mueller@power-shift.de